

Antrag Nr. 3

der Fraktion LINKS Wien
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Umverteilung statt Sozialabbau

Begründung

Die bisher erarbeiteten Maßnahmen der Bundesregierung zur Budgetsanierung gehen fast ausschließlich zulasten breiter Teile der Bevölkerung: die Abschaffung des Klimabonus, die Streichung der Bildungskarenz sowie der Zuverdienstmöglichkeit bei AMS-Leistungen und die Erhöhung des Eintrittsalters bei Korridorpensionen seien an dieser Stelle beispielhaft genannt. Besonders spüren derartige Verschlechterungen natürlich jene, die ohnehin schon schwer über die Runden kommen.

Dabei gäbe es anderswo mehr zu holen: Vermögen ist in Österreich extrem ungleich verteilt. Solange das Potential an zusätzlichen Einnahmen durch gerechte Vermögens- und Erbschaftssteuern unangetastet bleibt, ist es völlig unverständlich, dass der Staatshaushalt durch schmerzliche Einsparungen bei den Vielen saniert werden soll.

Beschluss

Die Arbeiterkammer Wien fordert die österreichische Bundesregierung auf, neue Steuern auf Vermögen und Erbschaften einzuführen.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☒

Einstimmig ☐

Mehrheitlich ☐